

Berliner Tageblatt

Nr. 128

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Forderungen des Comité des forges.

Gewaltfamer Abtransport der Kohlen verlangt.

Anzuerkennung mit den Misserfolgen der Regierungspolitik.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Der Sozialist Blum fragte gestern im „Populaire“: „Gedenkt Poincaré die Befehle bis zur Katastrophe zu treiben, um Kohle aus dem Ruhrgebiet zu holen?“ Die Zeitung des Comité des forges, die „Journé Industrielle“, bringt heute in einem sehr interessanten Artikel die Antwort auf diese Frage. „Im Ruhrgebiet lagern jetzt 400000 Tonnen, die Deutschländ den Franzosen schuldet. Diese 400000 Tonnen könnten zwei Monate lang die französischen Höfen speisen, die jetzt zu einem erheblichen Teil die Arbeit eingestellt haben. Bisher haben die Deutschen den Abtransport verhindert. Jetzt sind genügende Waggons vorhanden und mit dem Abtransport könnte begonnen werden wenn man den Kohlen von den Franzosen hätte. Da diese Maßnahme etwas gewaltsam ausgeführt werden müßte, könnte sie zu Zusammenstößen führen. Diese Zusammenstöße fürchtet Blum, und da er den Ministerpräsidenten kennt und weiß, daß dieser vor Verantwortung dieser Art zurückzuckt, verliert er durch die Prophezeiung blutiger Kämpfe auf ihn ein großes Gewicht.“ Die „Journé Industrielle“ antwortet nun Herrn Blum weiter: „Selbst im Anfang der Ruhraktion sind aus Deutschland nicht mehr als zehn Waggons mit Kohle nach Frankreich gelangt. Die französische Metallindustrie hat dadurch bereits mehr als 20 Millionen verloren und was wichtiger ist, als der Geldverlust. Diese tausende französische Arbeiter werden erbeitslos. Die Preise für die Kohlen werden steigen. Alle Preise gehen auf neue in die Höhe. Eine ganze Reihe anderer Industrien wird in Mitleidenschaft gezogen, so daß soziale Unruhen zu befürchten sind. Kann Herr Blum, obwohl er Sozialist ist, solche Zustände in Frankreich wünschen?“ Diese Schilderung der großen Gefahr, die endlich einmal ohne Beschönigung zeigt, wie unbedenklich das französische Volk von den französischen Berichterstellern belogen worden ist, wird durch einige Sätze über Deutschland ergänzt, in denen gelangt wird, daß Deutschland für drei Monate Kohle habe und deshalb das Spiel gegen Frankreich fortsetzen könne. Wenn wir diesen Zustand dulden, werden wir allmählich

fächerlich, und unsere Operation wird nutzlos. Deshalb müssen wir die Frage des Zwanges in Betracht ziehen. Soll die Befehle der Ruhr eine Zwangsoperation sein? Dann muß der Zwang so angewandt werden, daß er keine Wirkung erzielt. Sonst hat unsere Operation keinen Zweck. Es ist sicher, daß die Westfalen bereits nachgegeben haben würden, falls sie ihrer Regierung sagen könnten, sie müßten dem Zwang weichen. Die Illusionen die „diplomatischen Beuten“, die haben Maßnahmen und die Befürchtungen der Regierung stehen im Widerspruch zu dem Zweck, der uns nach der Ruhr geführt hat. Wir sitzen seit zweieinhalb Monaten an der Ruhr. In dieser Zeit muß die Regierung erlaubt haben, was sie auszurichten vermag. Wenn sie beschließt, den Kohle zu holen, den wir brauchen, muß man annehmen, daß sie das Mittel dazu besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Verlangen die Mittel, dann hat die Regierung nicht ihre Pflicht getan. Man hat oft gesagt, daß die französische Industrie die Ruhraktion genehmigt habe, die Wahrheit ist, daß die Industrie nicht gefragt worden ist. Heute erheben die Industriellen ihre Stimme, weil es sich nicht mehr um Gewinne und Verluste, sondern um Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Unruhen und nationale Gefahr handelt. Die Antifindung an die Regierung ist von Bedeutung. Zum ersten Male werden nicht bloß der wirtschaftliche Misserfolg, sondern auch die Gefahren für die inneren Verhältnisse Frankreichs offen eingestanden. Der einzige Fehler dieses Artikels beruht auf der letzten offiziellen Äußerung der falschen Einschätzung des Widerstandes der westfälischen Arbeiter. Diese Äußerung ist erledigt, seit, sobald der erste Versuch, Kohle mit Gewalt aus den Händen zu holen, misslungen ist.

Die Gerüchte über Verhandlungen, die in den letzten Tagen verbreitet worden, haben wenigstens eine Wirkung gehabt: In London und New-York wurden große Summen von Francs gekauft, und der Kurs der französischen Finanz tiege deshalb gestern zunächst beträchtlich. Später trat eine Reaktion ein, wahrscheinlich weil die Elemente bekannt wurden. Einige Blätter betonen dieses Ergebnis als einen Vorteil für Frankreich. In anderen Zeitungen wird dagegen das richtige Urteil ausgesprochen, daß die Wirkung der Verhandlungsgerüchte auf den Franckurs lediglich der Beweis dafür sei, wie sehr die Finanz dieser gefährlichen Spannungen müde ist. Die Verbesserung der Deutscha ist nicht durch Verhandlungen über eine deutsche Kapitalflucht, sondern durch das Gerücht von einer französisch-belgischen Vereinfachung zur Annahme einer englischen Vermittlung herbeigeführt worden.

Das Ruhrgebiet und die falschen Interventionsgerüchte.

Nur eine reinliche Lösung!

Telegramm unseres in das Ruhrgebiet entsandten Sonderkorrespondenten.

Paul Schaffer.

Im Ruhrgebiet, 15. März.

Es war auffallend, welchem Zentralismus die von Paris verbreiteten Nachrichten über eine Intervention der englischen Regierung in den Ruhrkonflikt hier begegneten. Niemand im Ruhrgebiet kann wissen, daß der Zustand, der durch den Einbruch geschaffen ist, sich auch nur eine Stunde verlängert. Was einem Überdauern der Gefahr besteht hier niemand seine politischen Meinungen. Sie waren dann kaum so handfest geblieben. Aber die Überzeugung ist allgemein, daß keine Lösung erträglich ist, die nicht reinlich ist. Die Franzosen müssen hier verschwinden. Niemand anders, der Feind ist, soll an ihre Stelle kommen. Kein Zustand ist erträglich, der den Zielen irgend weiteren Vordrängs festsetzt, die sich in dem Einbruch ausgebreitet haben. Und natürlich darf das, was für das Ruhrgebiet erreicht wird, nicht im Zugeständnisse im Rheinland bezahlt werden. Mehr will man nicht, weniger auch nicht. Keinerlei Verhältnisse, die Schranke seit 1918 ohne Ende muß abgebrochen werden.

Das ist die Grundstimmung. Natürlich, sie zerlegt sich in allerlei Erwägungen. Zunächst eines: Ein „halber“ politischer Zustand bedeutet halbe Arbeit in den Werken und in den Gruben. Es gibt für die Arbeit im Ruhrgebiet nur eine politische Regelung, die ihrer Natur entspricht, das ist die deutsche. So wie es war. Das ist eine Beweiskennung vom bloßen Rechtigkeitsstandpunkt aus. Sie zählt darum nicht weniger. Der Welt muß gesagt werden: Die Produktionsfähigkeit des ganzen Wirtschaftsgebietes hängt von ihr ab. Wie festes an der Saar? Was ist aus Ober-Schlesien geworden? Hier denkt man wirtschaftlich wie an wenigen anderen Stellen der Welt. Die Direktoren, die Industrieführer kennen ihre Arbeiter. Sie wissen, was der Arbeiter will. Wenn der „Kapitalisten“ von manchen Seiten auch hier zugestimmt wird, sie könnten mit dem internationalen Kapital partizipieren, so übersehen diese Leute, wie wenig fruchtbar ein solcher Rest für die Arbeiter werden würde. Die Arbeiter würden.

Dann politische Erwägungen. Immer dieselben Fragen in laute Form. Wissen die Franzosen, daß sie nie hierbleiben können? Weiß die Welt, daß niemand auf dies Land ein Recht verheißt kann, außer dieses Land selbst? Es denkt vielleicht nicht jeder so, aber so fühlt jeder. Solange dieses Land einen Einbruch offenlegt wie diesem, kann hier nicht und kann nicht im übrigen Deutschland die Ruhe eintreten, ohne die das Leben auf die Dauer nicht erträglich ist. Auch das ist jedem bewußt. Diese Empfindung muß reifen in der ganzen Welt. Die Empfindung dafür, daß dieses Experiment auf dem Rücken dieses stolzen Stücks Erde ein zweifaches, ein sinnloses Unrecht war und nie wiederholt werden darf.

Wenn diese Grundlage geschaffen ist, dann soll auch alles getan werden um eine reinliche, dauernde, glückliche Lösung zu suchen. Wenn diese Grundlage geschaffen ist und Verhandlungen beginnen,

wird das Ruhrgebiet keine Zugespaltung wünschen. Das ist so gewiß wie alles andere. Es wünscht schon jetzt nichts, was danach klingt oder danach aussieht. Janzarentino wissen in diesem Bezirk peinlich. Was werden wir, später, wenn er einmal die Entscheidung gefaßt ist, darüber bedenk man hier sehr wenig sprechen. Ich begegne aber oft folgenden Gedankengang: Wenn den Franzosen eine so breite goldene Brücke wirklich gebaut werden müßte, daß sie sich nur verpflichten würden, nach Abschluß der Verhandlungen abzugehen, dann ist das nur möglich, wenn alle Gefangenen sofort freigelassen alle Vertreibungen sofort zurückgeholt werden. Ich spreche hier nicht von maßgeblichen Formulierungen. Aber ich spreche von dem, was jeder einzelne hier für selbstverständlich hält und was die ganze Welt interessiert.

Es liegt hier alles so einfach für jedermann. Und den rechten Weg zu finden, muß die ganze Welt, müssen die Politiker ebenso einfach denken. Sonst wird auch, was freundschaftlich gedacht ist, um den Konflikt zu lösen, nur das Unheil verlängern vergrößern. Was aus England herbeikommt, erregt Mißtrauen. Unabgesehen. Man sah nur ein Mandat hinter diesem Alarm, der von London nach Paris schallte.

Die Verhaftung der Hauptzeugen.

Abtransportiert, unbekannt wohin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Die Verhaftung von zwei Hauptzeugen des Attentats auf die französischen Offiziere hat hier große Aufregung hervorgerufen. Die beiden Verhafteten, der Gattin mit Sandmann, vor dessen Töten die Erziehung der beiden Offiziere durch die Alpenjäger stattfand, und der Bergmann Winking der durch Eid ausgelagt hat, daß er mit eigenen Augen gesehen habe, wie zwei französische Alpenjäger auf die beiden Offiziere geschossen haben, sind unbekannt wohin transportiert worden. Die deutsche Kriminalpolizei, die die Ermittlungen in der Angelegenheit angestellt hat, hat nunmehr ihren Dienst eingestellt, weil ihre Arbeit durch die Befehlsgewalt erschwert, besser gelagt verhindert wird.

Vorkopf französischer Kavalleriepatrouillen

Belegung Düsseldorfischer Bahnhöfe.

Münster, 16. März. (W. Z. B.)

Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind französische Kavalleriepatrouillen in Bergischen Lande über Gummerbach nach Rindroth und Cöberghausen vorgezogen und haben sich dort einquartiert. Gummerbach ist nicht besetzt. Auf den Landstraßen werden Kontrollstellen eingerichtet. Die Befehle von Linde und Engelskirchen ist am 14. März zurückgezogen worden. Die Bahnhöfe Düsseldorf-Gravenberg, Düsseldorf-Schrenkfeld und Düsseldorf-Eller sind gestern nachmittag von Franzosen besetzt worden. Das deutsche Beamtenpersonal wurde verjagt. Die Amtsgebäude wurden von den Franzosen in Besitz genommen. Das Verleihen durch deutsche Beamte wird verweigert.

Provisorische Steuerreform.

Zur gestrigen Annahme des Geldwertengesetzes.

E. F. Nach stürmischer dritter Lesung wurde gestern das „Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen“, wie sein schwerfälliger Titel lautet, vom Reichstag angenommen. In namentlicher Abstimmung mit zweihundertundneun Stimmen gegen einhundertsechszwanzig. Also nicht mit der breiten Mehrheit, die das Steuerreformgesetz vom April 1922 und die Gesetze zum Schutz der Republik gemacht hat. Weiße Ja-Zettel gaben ab die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, ebenso die Demokraten, diese allerdings mit Ausnahme einiger Abgeordneter, die sich der Abstimmung enthielten oder sich vorher entfernten. Gegen das Gesetz stimmte außer den Kommunisten auch die Vereinigte Sozialdemokratie. Es ist das erste große Gesetz, das nach dem Ausschleiden der Sozialdemokratie aus dem Kabinett ohne sie zustande gekommen ist. Das ist bedauerlich. Nicht als ob jedes wichtige Gesetz unbedingt des Placet der Sozialdemokratie bedürftig. Wohl aber weil eine Steuerreform, die wirksam werden soll, von der inneren Zustimmung der breiten Massen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer getragen sein muß, und weil in der Zeit der Ruhrinflation, die die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes erfordert, auch der Zuhilfenahme werden muß, als sei hier eine Kampffront der vereinigten „bürgerlichen“ Parteien gegen die sozialistische Linke etabliert. Wenn der „Vorwärts“ allerdings vor einiger Zeit bedauernd erwähnte, daß die Linie, die früher von Erzberger und Wirth über Erzenz zu Reil und Scheidemann ging, jetzt von Helfferich über Beden-Bellen und Herold bis Fischer-Röhn reicht und dort abdriftet, so vermag er, daß das Steuerreformgesetz vom April 1922 von einer Koalition zu Reil gemacht und von einer Opposition unter der Führung des damaligen Unabhängigen Herk bekannt, dem Sozialdemokraten, der jetzt als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie das neue Steuergesetz in Einzelheiten nicht unzutreffend, im ganzen mit maßvoller agitatorischer Hebertreibung angegriffen hat.

Der polemische Teil der gestrigen Reichstagsdebatte wurde außer von Herr durch Helfferich bestritten, der die Sache hat schon durch die Form seiner Ausführungen ohne Rücksicht auf den Inhalt provozieren zu wirken. Auch seine gestrigen Demonstrationen dürften selbst bei den Parteien, die mit ihm stimmen, ein erhebliches Mißbehagen hervorgerufen haben. Reichsminister Dr. Ferner verteidigte in seiner Rede gegen die Liebertreibungen des sozialdemokratischen Redners das Gesetz, das sich im Laufe der Ausschüßberatungen gegenüber der Regierungsvorlage außerordentlich verändert hat. Heute vor acht Tagen sollte die Sozialdemokratie durch Obstruktion das Gesetz beschlußunfähig gemacht. Gestern letzte die der Verabschiedung des Gesetzes eine Schwierigkeit in den Weg. Bei den Verhandlungen die inzwischen abgelaufen sind, sind einige Änderungen im Sinne der Sozialdemokratie vorgenommen worden — zum Teil rein deklaratorischer Natur. Auch hat der gewerkschaftliche Flügel des Zentrums, das im Ausblick unter Führung von Herold einseitig agrarisch orientiert gewesen war, seinen Einfluß hinter den Rücken zur Geltung gebracht. Mit seiner Freude wird das Werk wohl von seiner Partei begrüßt. Der Finanzminister bezeichnet es als einen Versuch zur Beilegung steuerlicher Ungerechtigkeiten, die sich durch die Geldentwertung des Gesetzes wurde ein Fortschritt genannt. Wie weit ist der Verlust gestiegen? Wie weit der Rest abgelaufen?

Zweifellos ist, daß die Geldentwertung, das besonders ihr katastrophaler Fortschritt im Jahre 1922 zu ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten geführt hat. Es liegt auf der Hand, daß ein Steuerjahr, das mit einem Dollarkurs von 186,50 beginnt und mit einem Kurs von 724,85 endet, ein Jahr, in dem der Lebenshaltungssindex von 1640 auf 68,60 steigt, mit den hergebrachten Maßstäben steuerlicher Gerechtigkeit nicht mehr bewältigt werden kann. Die Vermögensstände auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern sollte das Gesetz abheben. In seinen Einzelheiten ist das Gesetz außerordentlich verzweigt, und der Vorwurf abichtlicher Unübersichtlichkeit, den der sozialdemokratische Redner in einem Punkte erhoben hat, ist sicherlich unbegründet, da bei der Kompliziertheit der Materie ein solches Resultat ohne jede Rücksicht erzielt worden ist. Ein ganzes Bündel von Steuern, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Kapitalertragssteuer, die Kapitalertragssteuer, die Versicherungssteuer, die Besteuerung des Person- und Güterverkehrs, und außer diesen Steuererlassen noch das Kenn-, Wett- und Lotteriegeld, sowie das Wechselstempelgesetz werden abgeändert. Will man eine Heberlast gewinnen, so muß der umfangreiche Stoff nach drei Gesichtspunkten gegliedert werden: der Geldentwertung bei den Lätzen, bei der Bewertung und bei der Zahlung.

Es liegt auf der Hand, daß die nach Art und Höhe der Einkommen gestaffelten Tarife mit fortschreitender Geldentwertung eine nicht gewollte und nicht erträgliche Verschärfung erfahren, wenn das Einkommen und das Vermögen bei der Durchführung der Besteuerung nur noch einen Bruchteil der Kaufkraft besitzt, die es bei Erlaß des Steuererlasses gehabt hat. Das schwierige Problem wäre gelöst, wenn die Tarife ein für allemal auf Goldmark oder eine andere feste Werteneinheit (Zunder) gestellt würden. Die Deutsche demokratische Partei hat seit langem auf diesen Weg hingewiesen. Ueber den Vorschlag wurde bereits früher einmal im Reichstag verhandelt: den Anlaß bildete die Tatsache, daß der Dollarkurs im Sommer 1921, als die Regierung den Vermögenssteuerentwurf aufstellte, sich um 60 bis 70 Mark herumbewegte, während der Dollarkurs bei Beratung des Entwurfs im Reichstage bereits zwischen 170 und 330 schwankte. Die Regierung hat den Kerngedanken als richtig anerkannt, auch mit Sachverständigen